A 3 Format NEU TOP 10.2 Generationengerechtigkeit – Politik für junge Menschen heute gestalten und die Verantwortungsträger*innen für die Zukunft ausstatten!

Antragsteller*in: Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V.
Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

„Generationengerechtigkeit ist nicht länger nur eine Nischenidee oder abstrakte Philosophie. Wir alle sind in der Verantwortung zu reflektieren und es besser zu machen. Wenn wir uns in der Welt umsehen, die wir zukünftigen Generationen hinterlassen – ist das wirklich alles, was wir tun können? Wir müssen heute für ein besseres Morgen eintreten.“[1]
Sophie Howe, Future Generationes Comissioner for Wales

Adressat*innen:

o Landesregierung
o Landespolitik

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, die Bedürfnisse junger Menschen in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen für eine generationengerechte, demokratische und nachhaltige Zukunft. Der Landesjugendring, als Zusammenschluss der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Politik heute Voraussetzungen schafft, die jungen Menschen eine Gesellschaft bieten, in der sie bereit sind, sich einzubringen und politische sowie gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Jugendverbände tragen maßgeblich dazu bei, dass sich junge Menschen schon früh demokratisch bilden und befähigen sie dazu aktive Akteur*innen in Gesellschaft und Politik zu sein. Für eine generationengerechte Zukunft braucht es finanzielle Mittel für die Teilhabe junger Menschen und wirksame Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Hinführung junger Menschen an politische Aufgaben, um zukünftig selbst politische Verantwortung übernehmen zu können. Darüber hinaus müssen Bedingungen geschaffen werden, um junge Menschen politisch stärker wahrzunehmen und die Politik muss die gerechte Teilhabe aller Generationen sicherstellen. Dabei darf nicht der prozentuale Anteil verschiedener Generationen im Vordergrund stehen, sondern deren Relevanz für die Zukunft.

Wir fordern daher:

1. In Anlehnung an das Bundesjugendkuratorium und unser Positionspapier zur Anerkennung von Adultismus als Diskriminierungsform einen Minderheitenschutz junger Menschen im Hinblick auf Altersdiskriminierung.
2. Investitionen in die junge Generation, statt an ihnen zu sparen. “Eine dogmatische Austeritätspolitik[3] bedeutet: Es wird nicht für junge Menschen gespart, sondern an Ihnen.“[4]
3. Das Mitdenken der Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in allen politischen Bereichen und Entscheidungen – nicht nur im Bereich der Bildungs- und Familienpolitik.
4. Den Auf- und Ausbau politischer Strukturen für eine generationengerechte Berücksichtigung der Interessen in allen politischen Bereichen.
5. Die Stärkung der Demokratie für die Zukunft. Junge Menschen brauchen eine wehrhafte Demokratie, die sich erfolgreich gegen Rechtsextremismus und Antifeminismus einsetzt.
6. Eine Klimapolitik, die Emissionen reduziert und Klimaneutralität erreicht zum Schutz jüngerer Generationen, die den Klimaschutz massiv ausbaut und Auswirkungen von Klimakatastrophen mindert.
7. Eine Sozialpolitik, die demographische Entwicklungen frühzeitig erkennt und entsprechende Vorkehrungen trifft – sei es im Bereich der Rente, der Gesundheitspolitik, in der Pflege oder anderen relevanten Bereichen. Das aktuelle System des Generationenvertrages schränkt die nachfolgenden Generationen finanziell massiv ein.
8. Den Ausbau von formellen und informellen Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen, die effektive Teilhabe ermöglichen – von Zuschauer*innen zu Akteur*innen.
9. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre – auch, um der generationalen Verschiebung der Wahlberechtigten bedingt durch die Alterung der Gesellschaft entgegenzuwirken.
10. Den Ausbau und die Unterstützung von Jugend(verbands-)arbeit. Dafür bedarf es ausreichender finanzieller Mittel.
11. Den Ausbau politischer sowie Demokratiebildung in Schule und außerschulischen Lernorten wie der Jugendverbandsarbeit.
12. Die Berücksichtigung migrationsgesellschaftlicher Generationenunterschiede in dem Diskurs über Generationengerechtigkeit.

Wir fordern die Aushandlung eines neuen Generationenvertrags, der die aktuellen, veränderten Entwicklungen in den Blick nimmt und der jungen Generationen gute Voraussetzungen bietet, dass sie willens und in der Lage sind Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen!

Begründung

Die Basis für die Frage nach Generationengerechtigkeit bietet die gerechte Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen den Generationen und die Frage danach, was die eigene Generation den nachfolgenden Generationen schuldet.[5] Sie bietet

eine wichtige Grundlage für gerechte, demokratische und nachhaltige politische Entscheidungen. Generationengerechtigkeit ist dabei ein Mittel, der Diskriminierung junger Menschen in Form von Adultismus[6] etwas entgegenzusetzen. Im Folgenden wird die Relevanz von Generationengerechtigkeit in politischen Bereichen deutlich gemacht.

In Zeiten einer alternden Gesellschaft und einer Wählerschaft, bei der deutlich mehr als die Hälfte der Wähler*innen 50 Jahre oder älter ist,[7] muss Generationengerechtigkeit ganz besonders in den Blick genommen werden. Spätestens die Klimaproteste und das Aufkommen von Friday's for Future haben eindrücklich gezeigt: junge Menschen haben politische und gesellschaftliche Anliegen, die im politischen Alltag nur wenig Beachtung finden. Sie haben damit den Begriff der (Generationen-)Gerechtigkeit regelrecht politisiert.[8] Ökonomische Krisen verschärfen die Ungleichheit zwischen älteren und jüngeren Generationen weiterhin.[9] Als junger Mensch Einfluss zu nehmen auf politische Entscheidungen ist schwer, wenn man bedenkt, dass junge Menschen eine Minderheit der Wahlberechtigten und auch als politische Akteur*innen in den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Nur 50 der 735 Bundestagsabgeordneten sind jünger als 30 Jahre[10] (entspricht 6,8%), während die Unter-30-Jährigen in der Gesamtbevölkerung 29,7%[11] beziehungsweise 14,4%[12] der Wahlberechtigten ausmachen. Zugleich betreffen die meisten Krisen wie Klimakrise, Finanzkrise und auch die Coronakrise junge Menschen am stärksten.[13] Um der immer größer werdenden Diskrepanz in der Repräsentation der Interessen junger Menschen entgegenzuwirken, kann die **Absenkung des Wahlalters auf 16** Jahre ein erster kleiner Schritt sein.

Die politischen und gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft, wie zum Beispiel die Stärkung der Demokratie, die Abwehr von rechtsextremistischen Tendenzen[14] , der damit einhergehende Antifeminismus[15], die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung mit dem Hintergrund der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele[16], müssen mit großer Energie angegangen werden. Aber auch sozialpolitische Fragen müssen jetzt angedacht, geplant und umgesetzt werden, um jungen Menschen gute Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu sichern.

In den letzten Jahren wurden besonders Kinder im Rahmen der Familienpolitik in den Fokus genommen. Zu einer Familie gehören aber nicht nur Eltern und Kinder im Sinne von Kindern im Grundschulalter, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene, deren Bedürfnissen Beachtung geschenkt werden muss. Im Hinblick auf die junge Generation werden politisch oft Pflichten formuliert, selten aber stehen die Interessen dieser Menschen im Vordergrund.[17] Damit junge Menschen aktive Akteur*innen im Wandel sein können, müssen sie als solche anerkannt und an Entscheidungen beteiligt werden.[18] Dazu gehört, den jungen Menschen **echte Teilhabe sowohl in Form von formellen als auch informellen Partizipationsmöglichkeiten** zuzugestehen. Denn wie sollen junge Menschen zukünftig politische Verantwortung übernehmen, wenn sie von politischen Prozessen weitestgehend nicht berücksichtigt und nicht daran herangeführt werden?

Außerschulische Bildungsorte wie die Jugendverbandsarbeit gelten nicht umsonst als „Werkstätten der Demokratie“. Hier lernen Kinder- und Jugendliche demokratische Prozesse kennen und üben diese ein. Dadurch werden sie darin unterstützt und befähigt zu aktiven Bürger*innen heranzuwachsen. Für den **Ausbau politischer Bildung an außerschulischen Lernorten braucht es ausreichender finanzieller Mittel**. Frühe Erfahrungen der Wirksamkeit sind enorm wichtig und entscheidend für die politische Sozialisation und für die (spätere) Partizipationsbereitschaft.[19]

Nicht nur auf demokratische Prozesse bezogen, sondern auch im Bereich der Fiskalpolitik, muss die Generationengerechtigkeit in den Blick genommen werden. Generationengerechtigkeit findet neben den demografischen Entwicklungen insbesondere durch die Krise von Sozialversicherungssystemen immer mehr Beachtung.[20] Wir schließen uns den Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings an, **dass in junge Menschen investiert werden muss statt an ihnen zu sparen**.[4] Einsparungen in der Klimapolitik verursachen langfristig Folgekosten, die von nachfolgenden Generationen getragen werden müssen.[4] Statt diese Kosten auf nachfolgende Generationen abzuwälzen, sollte so früh wie möglich in Klimapolitik, aber auch in sämtliche Bereiche, die junge Menschen befähigen an Gesellschaft und Politik teil zu haben, investiert werden.[4] Insbesondere in der Klimapolitik dürfen Kinder- und Jugendliche nicht nur als Opfer gesehen werden, sondern müssen als aktive Akteur*innen befähigt und ernst genommen werden.[18]

Es darf nicht vergessen werden, dass junge Menschen eine Vielfalt an Interessen und Bedürfnissen mitbringen. Die Interessen junger Menschen liegen nicht nur in den öffentlich oft der Jugend zugeschriebenen Bereichen wie Bildungs- und Familienpolitik, sondern ziehen sich durch alle Lebensbereiche. Es geht darum **Jugend und ihre Interessen in ALLEN Bereichen der Politik zu berücksichtigen** und zukunftsgerichtete Entscheidungen zu treffen. Für viele Entscheidungen, die heute getroffen werden, sind die Folgen und zukünftigen Herausforderungen für die junge und zukünftige Generationen noch gar nicht absehbar.[21] Dennoch ist es wichtig, junge Menschen in diese Entscheidungen miteinzubeziehen und ihre Interessen und Bedürfnisse mitzudenken, da sie auch diejenigen sind, die mit den Folgen zu leben haben. Im Sinne dessen ist es unumgänglich **generationengerechte politische Strukturen zu etablieren** und langfristig auszubauen.

Ein wichtiger Faktor, der ebenfalls berücksichtigt werden muss: Die Generation junger Menschen ist keine homogene, sondern eine höchst heterogene Gruppe. Wie das Bundesjugendkuratorium richtig feststellt, müssen **migrationsgesellschaftliche Generationenunterschiede und Dynamiken ebenfalls berücksichtigt** werden.[21] Auch hier spielen adäquate Repräsentation und Beteiligungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle.

Wir fordern eine Gesellschaft, die junge Menschen respektiert, ihnen entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten bietet, ihre Interessen ernst nimmt und Politik, die gute Voraussetzungen schafft und Verantwortung übernimmt für eine

Generation, die morgen die Gesellschaft tragen soll. Wir als Jugendverbände übernehmen diese Verantwortung bereits im Rahmen unserer Möglichkeiten.

---

[1] Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: https://generationengerechtigkeit.info/ (09.12.2024).

[2]Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt 07/2024, S. 1-4.; Landesjugendring Rheinland-Pfalz 2021: Adultismus als erste erlebte Diskriminierungsform junger Menschen erkennen und Strategien zur umfassenden Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen entwickeln. Positionspapier, https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/114-vv-2021/f/03-adultismus-2021 (15.11.2024).

[3] Austerität leitet sich aus dem Griechischen ab und „bezeichnet eine strenge staatliche Spar- und Haushaltskonsolidierungspolitik“ (Schubert, Klaus/Klein, Martina 2020: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.)

[4] Deutscher Bundesjugendring 2024: Forderungen für eine jugend- und generationengerechte Fiskalpolitik. Positionspapier, https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik (11.11.2024).

[5] Schefczyk, Michael 2016: Generationengerechtigkeit, in: Goppel, Anna/Mieth, Corinna/Neuhäuser, Christian (Hrsg.): Handbuch Gerechtigkeit, Heidelberg/Berlin: J.B. Metzler, S. 130-137; Wir beziehen uns im weiteren Verlauf ausschließlich auf Generationengerechtigkeit im Hinblick auf junge Menschen. Die Frage nach Generationengerechtigkeit stellt sich aber auch für vorangegangene Generationen, zum Beispiel im Rahmen von Wiedergutmachungspflichten (siehe Schefczyk 2016).

[6] Adultismus meint die Diskriminierung junger Menschen aufgrund ihres Alters resultierend aus einem ungleichen Machtverhältnis zwischen Jugendlichen/jungen Menschen und Erwachsenen.

[7] Bundeszentrale für politische Bildung 2022: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/506248/wahlberechtigte/ (11.11.2024).

[8] Knappe, Henrike/Renn, Ortwin 2022: Politicization of Intergenerational Justice. How Youth Actors Translate Sustainable Futures, in: European Journal of Futures Research 10 (6).

[9] Favretto, Anna R./Balduzzi, Giacomo 2020: Intergenerational Justice as Intergenerational Inclusion. New Challenges for Welfare Systems, in: Journal of Institutional Studies 3, S. 1417-1435.

[10] Deutscher Bundestag 2021: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw39-wahlstatistik-863722 (11.11.2024).

[11] Zensus 2022: https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-1001 (11.11.2024).

[12] Bundeswahlleiterin 2021: https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html (11.11.2024).

[13] Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt 07/2024, S. 1-4; Sanson, Ann V./Burke, Susie E. L. 2020: Climate Change and Children: An Issue of Intergenerational Justice, in: Balvin/Nikola/Christie, Daniel J. (Hrsg.): Children and Peace. From Research to Action. Cham: Springer, S. 343-362.

[14] Siehe Position des LJR Rheinland-Pfalz zum Thema: Landesjugendring Rheinland-Pfalz 2024: Demokratie bewahren und stärken. Positionspapier, https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken (09.12.2024).

[15] Siehe Position des LJR Rheinland-Pfalz zum Thema: Landesjugendring Rheinland-Pfalz 2024: Für Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Geschlechtervielfalt – NEIN zu Antifeminismus. Positionspapier, https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-nein-zu-antifeminismus (09.12.2024).

[16] Die Bundesregierung: Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt, Agenda 2030: Unsere Nachhaltigkeitsziele | Bundesregierung (09.12.2024).

[17] Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt 07/2024, S. 1-4.

[18] Sanson, Ann V./Burke, Susie E. L. 2020: Climate Change and Children: An Issue of Intergenerational Justice, in: Balvin/Nikola/Christie, Daniel J. (Hrsg.): Children and Peace. From Research to Action. Cham: Springer, S. 343-362.

[19] Quintelier, Ellen 2015: Engaging Adolescents in Politics. The Longitudinal Effect of Political Socialization Agents, in: Youth & Society 47 (1), S. 51-69.

[20] Tremmel, Jörg 2021: Generationengerechtigkeit, in: Aßländer, Michael S. (Hrsg.): Handbuch Wirtschaftsethik, 2. Aufl., Heidelberg/Berlin: J.B. Metzler, S.719-722.

[21] Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt 07/2024, S. 1-4.